DIE LINKE.
Stadtverband Brühl

Die Weichen auf Zukunft stellen!

Wahlprogramm 2020 in 10 Punkten - Kurzfassung

1. Hier ist Zukunft zuhause
Für ein gutes soziales Miteinander

Unser Ziel ist eine bürgernahe, aktive und lebendige Gemeinde, durch:

- Errichtung und Unterhaltung eines Bürger*innentreffs für alle Generationen in allen Brühler Stadtteilen

- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit alternativen Wohnformen, wie Generationswohnen durch die Städtische Wohnungsbaugesellschaft (Gebausie)

- Grundversorgung aller Einwohner*innen mit Strom, Heizung, Gas und Wasser. Sperren sind menschenunwürdig und müssen verboten werden

- Einbeziehung von Bürger*innen-initiativen in die weitere Stadtplanung

- Bürger*innenentscheide in allen relevanten Fragen von Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit

- Wertschätzung und Unterstützung von Bürger*innenengagement und aktives Informations- und Beratungsangebot (Nicht wie beim Rathausanbau, bei dem der Bürger*innenwille durch die anderen Parteien im Rat ignoriert wurde.)

DIE LINKE fordert weiterhin:

- Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen leben können bei der Stadtverwaltung, den Stadtwerken, der Gebausie, in der Offenen Ganztagsschule und bei den Reinigungskräften der Stadt

2. Energiewende schaffen. Umwelt erhalten. Lebensräume schützen Artenvielfalt erhalten Klimafreundliche Kommune entwickeln

- eine Stromversorgung auf Basis 100% erneuerbarer Energien aus den Stadtwerken
- Photovoltaik-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden und privaten Dächern
- Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme Kopplung
- verpflichtend, dass alle Gebäude in neuen Wohn- und Industriegebieten mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet werden müssen
- ein sicheres, flächendeckendes Fuß- und Radwegenetz in Brühl sowie eine gute Instandhaltung
- ein engmaschiges Angebot an Bus- und Bahnverbindungen, auch abends und am Wochenende, ergänzt durch moderne, alternative Beförderungsformen, wie das AST-Taxi
- Entwicklung nachhaltiger Bauleitplanung im Hinblick auf den Klimawandel
- Keine Erweiterung des Phantasialandes in den Villewald
- Erhalt des Naturschutzgebietes Ententeich
- Erhalt aller Kleingarten-Anlagen und Schrebergärten auf Brühler Stadtgebiet
- keine Erweiterung der Hochschule des Bundes zum Schutz der Kaltluftzone für die Stadt Brühl – Alternativ: Bau von Appartements im Brühler-Süden
- Fortschreibung eines Grünordnungsplanes mit Fassaden- und Vorgärtenbegrünung
- einen politischen Beschluss zur Entwicklung von Brühl zur plastikfreien Stadt
- Bis 2035 kann und muss unsere Stadt komplett klimaneutral werden. Wir unterstützen alle Forderungen von Fridays for Future für diesen Umbau und den German Zero Klima-Plan *(https://www.germanzero.de/klimaplan)*
- eine kommunale, kostenlose Energieberatung für alle Bürger*innen

3. Nahverkehr ausbauen nachhaltig weiterkommen

- Das von frühmorgens bis spätabends mindestens stündlich Busse, Bahnen oder Ruftaxis in allen Stadtteilen fahren.
- Ausbau der Elektromobilität durch eine Ladeinfrastruktur in den Wohnsiedlungen
- Wasserstofftankstellen auf unserem Stadtgebiet einführen (Stichwort: Grüner Wasserstoff aus regenerativer Energie). In Zukunft wird es sicherlich einen Mix aus E-Autos und mit Brennstoffzellen betriebenen Fahrzeugen geben.

- Carsharing Angebote in jedem Stadtteil durch die Stadtwerke

- Ausbau und gute Instandhaltung der kommunalen Radwege

4. Bildung stärken Perspektiven schaffen

- Ausbau der eingeführten Beratungstermine im Schulausschuss für die Schulsprecher*innen der weiterführenden Schulen, zu einer verpflichtenden Beteiligung der Schülervertretungen

- Übernahme der Angestellten an den Offenen Ganztagsschulen (OGS) in städtische Trägerschaft und eine Entlohnung nach dem Tarif im Öffentlichen Dienst

- Stopp der Ausweisung von Baugebieten im Brühler-Süden, da die Infrastruktur an den Schulen nicht von der Verwaltung entsprechend mitgeplant worden ist

- Bau einer zweiten Gesamtschule und Schließung der Hauptschule

5. Zusammenhalt fördern Offenheit leben

- Keine politische Sach- und keine Personalentscheidung (Wahl) darf von den Stimmen rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Parteien abhängen

- rassistische, menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben und sind unmittelbar zu verurteilen

- Verleumdungen, Beleidigungen und Bedrohungen sind konsequent anzuzeigen, juristisch zu verfolgen und zu bestrafen

- Projekte an Schulen, in Jugendorganisationen und Vereinen zur Demokratieförderung und gegen Rassismus müssen flächendeckend finanziell gefördert und inhaltlich unterstützt werden

6. Wohnraum schaffen Lebensqualität sichern

- Baupläne müssen auf ihre Umweltverträglichkeit und „Nachhaltigkeit“ geprüft werden

- Einschränkung des Flächenverbrauchs - wo möglich und vertretbar - sind Gebäude aufzustocken und Dachgeschosse auszubauen

- der Bebauungsplan muss festgelegte Quoten für Sozialwohnungen vorsehen. Können diese nicht umgesetzt werden, wird das Bauland nicht bebaut

7. Digitalisierung

- der Ausbau von öffentlich zugänglichen WLAN-Punkten und der flächendeckende Ausbau mit schnellem Mobilfunk

- die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge und kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger*innen

8. Selbstbestimmung und Teilhabe für eine inklusive Gesellschaft

- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter Federführung des zu wählenden Inklusionsbeirates

- Menschen mit Behinderung sollen selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können

- umfassende Barrierefreiheit in allen Lebenslagen herstellen

9. Kinder- und Jugendpolitik Zukunft gestalten

- der Ausbau der Unterdreijährigen-Plätze an Kindertagesstätten

- zwanglose Treffpunkte für Jugendliche und außerschulische Lernorte. Den Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der mobilen Jugendarbeit

- ein Kinder- und Jugendparlament auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den städtischen Ausschüssen und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen

10. Flucht und Migration

- Wir wollen die Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren. Zurzeit können ca. 50 Prozent der Flüchtlinge in Brühl dezentral untergebracht werden.

Am 13. September DIE LINKE. Stadtverband Brühl **wählen.**